

November 2021

Länderbericht

Auslandsbüro Polen, Warschau



Ohne normativen Kompass

Die außenpolitische Bilanz der polnischen Regierung unter Führung der PiS

David Gregosz

Seit dem Ende des Kommunismus galt die kontinuierliche Integration Polens in „den Westen“ als unumstößliche Maxime polnischer Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Ansatz mündete im Beitritt zur NATO, zur EU sowie allgemein in guten Beziehungen zu den westlichen Partnern und wurde in einem überparteilichen Konsens in den Folgejahren weiter verfestigt. Seit ihrem Amtsantritt 2015 hat die von der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, dt.: Recht und Gerechtigkeit) geführte Regierung diese Grundfeste polnischer Außenpolitik ins Wanken gebracht und agiert weitgehend ohne normativen Kompass. Mehr noch: Außenpolitik ist zu einer Funktion der polnischen Innenpolitik geworden. Als Folge dieser Politik ist Polen unlängst immer wieder in die Kritik geraten, etwa aufgrund der destruktiven Haltung gegenüber Brüssel. Generell haben sich die Beziehungen zu Partnern und Verbündeten in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Im Beitrag soll ein Blick auf das außenpolitische Beziehungsgeflecht Polens geworfen werden.

Deutsch-polnische Beziehungen

Wenn man es drastisch formuliert, befinden sich die politischen Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Republik auf einem historischen Tiefpunkt; ungeachtet der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene. Gegenseitige Gespräche auf Regierungsebene wurden in den vergangenen Jahren auf ein Minimum reduziert. Der sehr kurze Abschiedsbesuch von Bundeskanzlerin Merkel in Warschau verdeutlichte die frostigen Verhältnisse nur allzu gut. Die zahlreichen Besuche deutscher Politiker, wie der Besuch von Bundespräsident Steinmeier zum 30-jährigen Bestehen des Nachbarschaftsvertrags, waren in der Regel symbolpolitische Versuche, den Gesprächsfaden nicht gänzlich abreißen zu lassen. Angesichts der Größe gemeinsamer Herausforderungen für Polen und Deutschland wirken die fortwährenden bilateralen Konsultationen – etwa über ein polnisch-deutsches Schulbuch, die Stellung der Polonia in Deutschland oder das „Dom Polski“ in Bochum – falsch gewichtet.

Aus deutscher Perspektive trägt die national-konservative PiS-Regierung die Verantwortung für diese Entwicklung. Rhetorik, Stil und inhaltliche Akzentuierungen lassen darauf schließen, dass die PiS ein Interesse an schwelenden Auseinandersetzungen mit Deutschland hat. Im Zentrum der polnischen Kritik steht nach wie vor die Nord-Stream-2-Pipeline zwischen der Bundesrepublik und Russland, welche sich gegen die polnischen Interessen richtet; eine Einschätzung, die in Polen überparteilich geteilt wird. Dabei sind regierungsseitig immer wieder historische Bezugnahmen zu vernehmen, in welchen sich Polen als Spielball der beiden Großmächte begreift. Diese geschichtspolitische Komponente scheint bei den wiederkehrenden Reparationsforderungen ebenso wie bei der Unterstellung auf, Deutschland versuche die eigene Schuld am Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen. Sicher ist, dass es auf beiden Seiten an gegenseitigem Verständnis mangelt, davon darf die deutsche Seite keinesfalls ausgenommen werden. Daher ist eine Wiederannäherung zwischen Warschau und Berlin, auch unter einer neuen Bundesregierung, kaum zu

erwarten. Mit dem Eintritt der Partei Bündnis 90/Die Grünen in die Bundesregierung könnten einige Themenfelder (etwa Energiepolitik, Rechtsstaatlichkeit, Migration) sogar noch konfliktiver bearbeitet werden. Die hochrelevante Denkmalpolitik (in Berlin, „Ort des Erinnerens und der Begegnung mit Polen“) hat ihre politische und moralische Berechtigung. Sie läuft jedoch Gefahr zu einer reinen Geste zu werden, wenn es darüber hinaus keine gemeinsamen, zukunftsorientierten Projekte gibt.

Auf dem Weg zum „Polexit“?

Mit der Europäischen Union befinden sich die Beziehungen ebenfalls auf einem absoluten Tiefpunkt. Gegen Polen wurde aufgrund der umstrittenen Justizreformen das erste Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 VEU eingeleitet. Zudem hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine umfassende Geldstrafe aufgrund des Kohlekraftwerks in Turów nahe der tschechischen Grenze und eine zweite Geldstrafe wegen der polnischen Disziplinarkammer verhängt. Der Konflikt mit der EU gipfelte am 7. Oktober in dem Urteil des polnischen Verfassungstribunals, dass Artikel 1 und Artikel 19 des EU-Vertrags nicht mit der polnischen Verfassung kompatibel seien. Unter politischen Beobachtern löste dies die Sorge aus, dass die polnische Regierung damit den ersten Schritt in Richtung eines „Polexits“ gegangen sei. Stets verneint haben Vertreter der PiS-Regierung, einen solchen EU-Austritt aktiv anzustreben. In der Bevölkerung herrscht eine – selbst im europäischen Vergleich – hohe Befürwortung der EU-Mitgliedschaft (>80%), derer sich die Regierung bewusst ist. Dennoch fallen PiS-Abgeordnete regelmäßig mit Aussagen auf, dass Polen nicht um jeden Preis EU-Mitglied bleiben dürfe. Zusätzlich wird das Narrativ geprägt, dass die Union die Souveränität Polens bedrohe, indem sie versuche, in die polnische Innenpolitik einzugreifen – dies zeigt sich besonders ausgeprägt im Umgang mit den Urteilen des EuGH. Polens Regierung betont die polnische Unabhängigkeit: Warschau lasse sich nicht von anderen Akteuren das eigene Handeln vorschreiben. Bei aller Kritik an der Regierung sollte bedacht werden, dass Polen seine Souveränität erst vor 30 Jahren wiedererlangt hat. Die nationale Souveränität ist aus historischen Gründen eine zentrale Kategorie für das Land, welches bis heute geprägt ist von den Teilungen, dem 123-jährigen Nicht-Bestehen eines eigenen Staates und der Fremdherrschaft der Nationalsozialisten und Kommunisten. Themen, welche die nationale Unabhängigkeit des Landes tangieren, werden äußerst sensibel gehandhabt; hier bilden die Souveränitätstransfers an die EU keine Ausnahme. Wenn die polnische Bevölkerung zusätzlich das Gefühl bekommt, dass Polen nicht gehört oder mit abwertendem westeuropäischem Impetus beurteilt wird, stößt dies auf Unbehagen. Die PiS versteht genau, wie sie diese Gefühle zu ihrem Nutzen bedienen kann. Aus Sicht der polnischen Regierung hat sich die EU in eine falsche Richtung entwickelt, weg von dem ursprünglichen Grundgedanken des wirtschaftlichen Austauschs und der Gleichheit aller Mitglieder, hin zu einer übergreifenden Organisation, dominiert von Deutschland und Frankreich. Auch die Schwerpunktsetzung der EU (Green Deal, Migration, Minderheitenrechte, vermeintliche Doppelstandards bei der Bewertung der Mitgliedstaaten) löst an der Weichsel immer wieder Unbehagen aus. Nach den Vorstellungen der PiS sollte innerhalb der EU die Souveränität der Nationalstaaten im Vordergrund stehen und Polen als Partner auf Augenhöhe behandelt werden. Um inhaltliche und institutionelle Kritikpunkte vorzubringen, nutzt man insbesondere die Visegrád-Gruppe. Dies auch in Ermangelung anderer kraftvoller EU-Allianzen. Sicher ist Polen mit dem Brexit ein wichtiger Partner in der EU abhandengekommen, mit dem die polnische Regierung ein gutes Verhältnis pflegte, weil es inhaltliche Schnittmengen in der Erwartung an die EU gab. Und auch das Verhältnis zu Frankreich gestaltet sich seit Jahren schwierig, u. a. nachdem Gespräche über den Kauf von Transporthelikoptern gescheitert sind. Mit dem letzten Besuch Macrons in Warschau und Morawieckis Reise nach Paris deuten sich zwar in dieser Hinsicht leichte

Annäherungsversuche an. Von einem guten Verhältnis kann aber keine Rede sein, zumal sich Premier Morawiecki öffentlichkeitswirksam auch mit Marie Le Pen traf.

Die USA – „Polens unersetzbarer Partner“¹

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs spielten die USA als der Sicherheitsgarant eine essentielle Rolle in der polnischen Außenpolitik. Unter der Trump-Administration schienen sich diese Beziehungen sogar noch zu vertiefen. So war Polen eines der ersten Länder, welches von Trump nach Amtsantritt besucht wurde, und auch Staatspräsident Duda war mehrmals im Weißen Haus zu Gast. Die breite Unterstützung Trumps zeigte sich unter anderem darin, dass die Mehrheit der in den USA ansässigen Polen bei den Präsidentschaftswahlen für ihn votierte. Zur traditionell pro-amerikanischen Haltung der polnischen Bevölkerung reihten sich ideologische Positionen, für die auch die PiS in vergleichbarer Weise steht – etwa in Fragen der Migrationspolitik oder des populistischen Politikstils. Dass zu dieser Zeit angespannte Verhältnis der USA zur EU und traditionellen Partnern wie Deutschland machte den Weg für Polen frei, eine hervorgehobene Bedeutung für die USA in der Region einzunehmen. Trump unterstrich dies durch die Ankündigung der Erhöhung der militärischen Präsenz in Polen, was sich zugleich mit den polnischen Sicherheitsinteressen als östliche NATO-Flanke deckte. Zu wenig reflektiert wurde seitens der PiS-Regierung allerdings, dass Donald Trump Polen letztlich instrumentalisierte, um die Europäische Union zu spalten und wirtschaftliche Projekte (Militär, Kernkraft) einzufädeln. Seit dem Amtswechsel in Washington hat sich das Verhältnis merklich abgekühlt. Joe Biden bewertet die strategische Relevanz Polens anders. Ebenso ist die ideologische Nähe entfallen, denn die neue US-Administration steht den innenpolitischen Entwicklungen in Polen kritisch gegenüber. Vor allem bezogen auf die lex TVN übte die amerikanische Seite harsche Kritik an der polnischen Regierung, weil man neben der Einschränkung der Medienfreiheit vor allem den Verlust der Lizenz des US-amerikanischen Unternehmens Discovery befürchtete. Auch äußerte Biden deutliche Kritik an dem polnischen Restitutionsgesetz, welches eine 30-jährige Verjährungsfrist für Besitzansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg vorsieht. Dies führte zu empörten Reaktionen seitens Israels, welche in dem Abzug des charges d'affaires aus Warschau mündeten. Bereits 2018 sorgte das *Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens* für Aufsehen, welches die Unterstellung, dass Polen eine kollektive Mitschuld am Holocaust trage, unter Strafe stellte. Damals konnten die Auseinandersetzungen nach Gesprächen der Premierminister beigelegt werden. Die diplomatische Krise aufgrund des Restitutionsgesetzes hingegen hält bis heute an. Aus polnischer Perspektive sorgten zudem die Akzeptanz Bidens für die Fertigstellung von Nord-Stream 2 sowie sein Gespräch mit Putin in Genf für weiteren Unmut. Ein offizielles Treffen zwischen Biden und Duda steht ebenfalls noch aus. Am Rande des Nato Summit Brüssel (14. Juni, Biden-Duda) und am Rande der COP26 Glasgow (02. November, Biden-Morawiecki) gab es informelle Begegnungen.

Gleichwohl hat sich an der grundlegenden Bedeutung der USA für Polen dadurch wenig verändert. Das Vertrauen in die USA als Sicherheitsgarant vereint die sonst so fragmentierte polnische Parteienlandschaft und wird aufgrund kurzfristiger Unstimmigkeiten auch nicht ins Wanken geraten.

¹ Lang, Kai-Olaf (2019): Polens unersetzbarer Partner. Warschau vertieft den sicherheitspolitischen Bilateralismus mit den USA. In: SWP-Aktuell. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/en/publication/warschau-vertieft-den-sicherheitspolitischen-bilateralismus-mit-den-usa>.

Konflikte mit den Nachbarn

Im deutschen Kontext wird den Beziehungen Polens zu Mittel- und Osteuropa deutlich weniger Beachtung geschenkt, als etwa dem Verhältnis zur EU. Die PiS-Regierung hingegen hat in den vergangenen Jahren die Wichtigkeit der regionalen Stellung Polens hervorgehoben. Als bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich größtes Land leitet Warschau hier einen Führungsanspruch ab und begreift sich als zentraler Bezugspunkt in Mittel- und Osteuropa für das transatlantische Bündnis.

Entgegen dieses Anspruchs besteht faktisch zu den Nachbarstaaten ein kompliziertes Verhältnis. Mit der Ukraine verbindet Polen ein gemeinsames strategisches Interesse, vor allem in Bezug auf die Haltung gegenüber Russland. Gleichzeitig bestehen historische Auseinandersetzungen, welche sich auf die Rolle der *Ukrainischen Aufständischen Armee* (UPA) im Zweiten Weltkrieg und deren Involvierung in die Ermordung der polnischen Zivilbevölkerung beziehen. Mit den baltischen Staaten vereinen Polen ebenfalls sicherheitspolitische Gemeinsamkeiten, da man sich als östlicher Teil der NATO am stärksten von Russland bedroht fühlt. Das Verhältnis zu Belarus ist geprägt von der aktuellen Krise an der gemeinsamen Grenze im Zuge der Einschleusung von Flüchtlingen durch Lukaschenkos Regime. Zudem unterstützt Polen die Oppositionsbewegung in Belarus und bietet Oppositionellen einen Zufluchtsort.

Über die bilateralen Beziehungen hinaus spielt die Visegrád-Gruppe (V4) für die Region eine zentrale Rolle, deren Ziel in der gemeinsamen Koordination und Herstellung guter nachbarschaftlicher Beziehungen liegt. Europaweites Aufsehen erlangten die V4 im Zuge der Migrationskrise 2015, als man sich zusammen gegen eine EU-weite Flüchtlingsverteilung aussprach. Entgegen dem damaligen Anschein ist die Gruppierung jedoch bei weitem keine homogene Interessengemeinschaft. Aus polnischer Perspektive bestehen Auseinandersetzungen mit Tschechien um das Kohlekraftwerk in Turów, welche zuletzt in einem Urteil des EuGH mündeten, Polen müsse eine tägliche Strafe von ½ Mio. € für den Weiterbetrieb zahlen. Die polnische Regierung weigert sich sowohl das Kraftwerk abzustellen, als auch die Strafe zu akzeptieren; eine baldige Konfliktlösung scheint nicht in Sicht. Die PiS-Regierung sieht sich innerhalb der V4 als Verbündeter Ungarns, was sich primär durch eine ideologische Nähe und die gemeinsame Kritik an der europäischen Union erklären lässt – ein Kurs, von welchem sich Tschechien und besonders die Slowakei distanzieren. Gleichzeitig setzen Ungarn und Polen in außenpolitischen Fragen gegensätzliche Prioritäten, insbesondere in Bezug auf die Gefahrenwahrnehmung durch Russland, zu welchem Ungarn enge Beziehungen pflegt, was durch ein gemeinsames Energieabkommen dieses Jahr bekräftigt wurde. Als wirklicher Partner, der die polnischen (Sicherheits-)Interessen teilt, kann Ungarn daher eigentlich nicht gelten.

In gewisser Hinsicht kann die Drei-Meere-Initiative (3MI) als eine Erweiterung der V4 und der Idee, die Länder in der Region auf einer politischen, wie wirtschaftlichen Ebene zu vernetzen, interpretiert werden. Die 3MI wurde auf den Impuls Polens und Kroatiens 2016 ins Leben gerufen und verbindet insgesamt 12 EU-Mitgliedstaaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Sie ist wie die V4 kaum institutionalisiert und wird einmal jährlich als Präsidentenforum abgehalten, an dem auch Partner wie die USA und Deutschland (sowie seit Juli 2021 auch Frankreich, Großbritannien, Griechenland und Japan) teilnehmen. Im Zentrum steht die Verbesserung der regionalen Vernetzung durch Projekte in den Bereichen Verkehr, Energie und Digitales. Die Projekte finanzieren sich neben einem eigenen Fond und privaten Investitionen vor allem über EU-Mittel im Rahmen des Programms *Connecting Europe Facility*. Diese Tatsache entkräftet bereits den Vorwurf, dass die 3MI ein Projekt sei,

dass sich gegen die EU richte – im Gegenteil zeigt sich diese als großer Unterstützer des Projekts. Vielmehr bietet die 3MI Möglichkeiten, die Defizite aufzuarbeiten, welche die europäische Ebene in Mittel- und Osteuropa bisher nicht zu leisten im Stande gewesen ist². Wenn überhaupt, dann wird der Einfluss russischen und chinesischen Kapitals in der Region unterbunden. Polen ist innerhalb dieser Gruppe eines der größten und wirtschaftlich stärksten Mitglieder. Die polnische Regierung verfolgt daher den Kurs, mittels der 3MI die eigene Führungsrolle in Ostmitteleuropa zu unterstreichen und den regionalen Einfluss durch die Verbesserung ökonomischer und die Intensivierung politischer Beziehungen auszubauen. Bislang aber mit mäßigem Erfolg.

Neuer Aufbruch der Beziehungen zu China

Das polnische Verhältnis zu China hat in den letzten Jahren auf der politischen Ebene deutliche Schwankungen erlebt. Während man sich durch die Etablierung des 16+1-Formats und der *Belt and Road*-Initiative in Mittel- und Osteuropa breite chinesische Investitionen versprach und mit einem gemeinsamen Abkommen 2016 die strategische Partnerschaft betonte, folgte diesen Erwartungen wenig Substantielles. Den vorläufigen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen 2018 im Zuge des Skandals um zwei Huawei-Beschäftigte, die in Polen der Spionage für den chinesischen Staat verdächtigt wurden. Dies fügte sich ein in eine generelle Eiszeit zwischen China und den USA unter der Trump-Administration. Auf der ökonomischen Ebene ist China zwar ein wichtiger Handelspartner Polens, dennoch blieben chinesische Investitionen hinter den Erwartungen zurück³.

In diesem Jahr erlebte das Verhältnis jedoch eine neue Blütezeit. So kam es zu zahlreichen Kontakten zwischen Andrzej Duda und Xi Jinping, ebenso wie zwischen dem polnischen Außenminister Zbigniew Rau und seinem chinesischem Amtskollegen Wang Yi. Die Vertreter machten sich stark für die Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation, ebenso für die Aufrechterhaltung des 16+1-Formats und zeitweilig wurde über die Beschaffung chinesischen Impfstoffs diskutiert. Die einzelnen Kontakte an sich waren nichts Besonderes, es war vielmehr die Intensität und Regelmäßigkeit, welche den Verdacht eines neuen Aufbruchs der polnisch-chinesischen Beziehungen aufbrachten. Als ein Grund für die polnische Zuwendung kann die Verschlechterung des Verhältnisses zu den USA unter Joe Biden vermutet werden. Gleichzeitig könnte Polen durch gute Beziehungen zu China seine Position in Mittel- und Osteuropa stärken, sollte es aus chinesischer Sicht langfristig als wichtigster Partner in der Region eingestuft werden. Dennoch deuten die bisherigen Entwicklungen darauf hin, dass diese Annäherungsversuche rein ökonomischer Natur sind. Eine dauerhafte politisch-strategische Kooperation mit China erscheint unwahrscheinlich. In dieser Hinsicht ist Polen weiterhin auf die USA als Partner in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen fokussiert.

² „Für diese zwölf mitteleuropäischen Länder geht es darum, die in der Nord-Süd-Achse defizitären regionalen Infrastrukturen (Straßen, Schienen, Gas etc.) auszubauen und den westlichen Teil des Kontinents zu einem wirtschaftlichen Aufholprozess zu bewegen. Obwohl sie mit 111 Millionen Einwohnern fast 30 % der EU-Fläche und 25 % der Bevölkerung ausmachen, erwirtschaften sie weniger als 15 % des Reichtums des Blocks und beziehen mehr als ein Drittel der europäischen Hilfsgelder“. Dies und mehr in: <https://visegradpost.com/de/2021/07/26/die-drei-meere-initiative-zeigt-was-europa-ohne-die-eu-sein-koennte/>

³ Zu tiefergehenden Informationen über die polnisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen: KAS-Länderbericht „Polen und Asien – Partner, Konkurrenten, Vorbilder“, 14.09.2021, abrufbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/10987758/Polen+und+Asien++Partner%2C+Konkurrenten%2C+Vorbilder.pdf/cb4b0229-a36f-2da3-2ee1-b24277fa8dad?version=1.0&t=1631614222952>.

Fazit – Außenpolitische Leitlinien der letzten Jahre

Es fällt schwer, ein einheitliches Konzept zu identifizieren, welches sich wie ein roter Faden durch die polnische Außenpolitik der vergangenen Jahre zieht. Dies mag auch am Außenminister Zbigniew Rau selbst liegen, seit Wochen wird über seine Ablösung („aus gesundheitlichen Gründen“) spekuliert. Eine kohärente außenpolitische Strategie wird dadurch erschwert, dass die Kompetenzen und Befugnisse für außenpolitische Angelegenheiten neben dem Außenministerium auch auf den Premierminister und den Staatspräsidenten verteilt sind, wodurch Verantwortlichkeiten verschwimmen. Nichtsdestotrotz lassen sich Elemente der außenpolitischen Leitlinien der PiS erkennen.

- Als eine der wenigen Kontinuitätslinien kann das Streben und der Fokus auf **die nationale Sicherheit und Verteidigung** als essentieller Faktor der Außenpolitik identifiziert werden. Dieser Aspekt hat angesichts der anhaltenden Anspannungen mit Russland, sowie den aktuellen Entwicklungen an der Grenze zu Belarus nicht an Bedeutung eingebüßt. Der PiS ist bewusst, dass Polen in dieser Frage auf die Unterstützung der NATO-Partner, insbesondere der USA angewiesen ist. Auch wenn sich nach dem Abgang von Trump die bilateralen Beziehungen verschlechtert haben, hat sich an der grundsätzlichen Bedeutung der USA als Polens Sicherheitsgarant nichts verändert.
- Während die Vorgängerregierung einen Kurs verfolgte, der die vertiefte Integration Polens in das internationale Bündnis, vor allem im Rahmen der EU, zum Ziel hatte, lässt sich unter der PiS eine zunehmende **Abwendung von den traditionellen europäischen Partnern** erkennen, bei gleichzeitiger **Hervorhebung regionaler Kooperation**. So maß die PiS der Visegrád-Gruppe und der Drei-Meere-Initiative eine gestiegene Bedeutung zu und betonte die Wichtigkeit der regionalen Stellung Polens. Die Resultate dieser Politik sprechen jedoch eine andere Sprache, da eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und regionalen Partnern daraus nicht wirklich entsprungen ist. Guten Beziehungen zu Ungarn und sicherheitspolitischen Übereinstimmungen mit den baltischen Staaten stehen ein kompliziertes Verhältnis zur Ukraine, konflikthafte Beziehungen innerhalb der V4 sowie bilaterale Auseinandersetzungen mit Tschechien und Deutschland gegenüber.
- Damit in Zusammenhang steht die zunehmende Bedeutung von **Geschichte als Gegenstand aktueller Debatten**⁴. Nicht nur werden historische Beziehungen von der PiS wieder thematisiert, auch wird mit Assoziationen auf die Geschichte Polens gespielt. Dies verdeutlichte sich insbesondere in den Beziehungen zu Deutschland (Reparationsforderungen, deutsche Hegemonie) und der Ukraine (Massaker in Wolhynien).
- Hinzu kommt, dass die PiS-Regierung die **polnische Unabhängigkeit und Souveränität** in den Vordergrund außenpolitischer, aber auch energiepolitischer Debatten (Stichwort: Hinwendung zur Atomkraft, Baltic Pipe) stellt. Im Mittelpunkt

⁴ Vgl. dazu die Ergebnisse des „Deutsch-Polnischen Barometer 2021“ von KAS, ISP und SdpZ, S. 19 ff., online unter: <https://www.kas.de/documents/279510/11260078/Deutsch-Polnisches+Barometer+2021.pdf/eb26943d-c6d2-0084-61c3-4069356d08ee?version=1.0&t=1622043314087>. Danach ist der Anteil derjenigen Polen, die meinen, man solle sich seitens der Politik in den Beziehungen mit Deutschland eher auf die Vergangenheit konzentrieren, zuletzt zwar stark gesunken (wahrscheinlich durch den Fokus auf aktuelle und nachhaltige Politikinhalt im Zuge der Pandemie); doch er liegt immer noch bei deutlich über 20%.

polnischer Politik solle die Verfolgung polnischer Interessen stehen und Polen vom passiven Zuschauer zum aktiven Mitspieler in der politischen Arena werden. Man möchte als gleichberechtigter Partner behandelt werden, der sich das eigene Handeln nicht von anderen Staaten vorschreiben lässt. Dieses Narrativ bespielt die Regierung vor allem im Umgang mit der EU sowie im Kontext der Urteile des EuGH.

- Generell muss die **Innenpolitik als ein treibender Faktor der Außenpolitik** angesehen werden. Die PiS versteht sich darauf, außenpolitische Problemlagen, wie etwa die Migrationskrise an der belarussischen Grenze oder die Konflikte mit der EU nach innen zu politisieren, um in der derzeit hochpolarisierten Gesellschaft Polens Zuspruch unter den eigenen Wählern zu finden. Die eigentliche Problemlösung rückt dadurch in den Hintergrund. Dies folgt nicht zuletzt daraus, dass **der PiS zugeschrieben wird, dass Außenpolitik für sie eher zweitrangig** ist. Im Vordergrund ihres Handelns stehe vielmehr der Umbau der polnischen Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen in Form einer aktiven Sozialpolitik, dem fortgesetzten Umbau des Justizwesens bzw. der Medienlandschaft, der Besetzung von Ämtern mit eigenen Gefolgsleuten und den beiden großen anstehenden Projekten: der Neuorganisation der kommunalen Selbstverwaltung (im Sinne einer starken Zentralisierung) sowie des polnischen „New Deal“⁵.

Bei aller Kritik an der Politik der PiS, genießt die Partei eine breite gesellschaftliche Unterstützung: Nach aktuellem Stand (Zeitung: Rzeczpospolita, Nov. 2021) erreicht die Partei Umfragewerte von circa 33%. Zahlen, von denen andere Parteien im europäischen Kontext derzeit nur träumen können. Auch wenn diese Unterstützung nicht unmittelbar auf die Außenpolitik der Partei zurückzuführen ist, genießt die Regierung trotz aller vorhandenen Konflikte, breite gesellschaftliche Akzeptanz. Klar ist aber auch, dass sich Polen in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung, einer angespannten globalen Sicherheitslage und internationaler Herausforderungen, welche eigentlich zunehmender staatlicher Kooperation bedürfen, nicht weiter isolieren sollte.

Danksagung

Vielen Dank an Moritz Siebers, Michał Baranowski, Wojciech Przybylski, Prof. Dr. Krzysztof Miszczak und Dr. Małgorzata Bonikowska, die wichtige Impulse für dieses Papier beigesteuert haben.

⁵ Vgl. „Polens Regierung plant Post-Covid-Ära. 'New Deal' und nationaler Wiederaufbauplan könnten der Regierungspartei Aufwind geben“, von David Gregosz, Thomas Behrens, online: <https://www.kas.de/de/web/polen/laenderberichte/detail/-/content/polens-regierung-plant-post-covid-aera>

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

David Gregosz
Leiter des Auslandsbüros in Polen
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

david.gregosz@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)